



MEHR WIRTSCHAFT WAGEN

Vorschläge des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall
für mehr Wirtschaftswachstum und mehr industrielle
Beschäftigung in Deutschland

INHALT

MEHR WIRTSCHAFT WAGEN

Wir sind Gewinner der Globalisierung	3
Die große Verunsicherung	3
Grundüberzeugungen	4
Der Jobweltmeister M+E-Industrie	4
... gerät unter Druck	5
Die Folgen der Digitalisierung ...	6
... lassen sich bewältigen	7
Mehr Wirtschaft wagen	7

UNSERE VORSCHLÄGE

1. Arbeitszeit modernisieren	11
2. Erfolgreiche Arbeitsmarktreformen bewahren	12
3. Sozialbeiträge bei 40 Prozent deckeln	13
4. Der Altersversorgung eine neue Zukunft geben	13
5. Tarifautonomie schützen und stärken	14
6. Kein Exportweltmeister ohne Bildungsweltmeister	16
7. Schuldenabbau beschleunigen, Arbeitnehmer entlasten	19
8. Investitionen steigern, Forschung fördern, Infrastruktur erneuern	20
9. Freihandel stärken, EU-Binnenmarkt erhalten	23

MEHR WIRTSCHAFT WAGEN

Deutschland hat in den vergangenen Jahren zahlreiche unerwartete Aufgaben gemeistert. Mit der Immobilienkrise, der Finanz- und Wirtschaftskrise, der europäischen Schuldenkrise, mit dem Brexit, den zahlreichen außenpolitischen Krisenherden und auch der Flüchtlingskrise wird unser Land erheblichen Belastungsproben ausgesetzt. Deutschlands Stärke hat dafür gesorgt, dass diese Krisen bislang in ihren Auswirkungen abgefedert wurden. Das liegt vor allem an unserer Wirtschaft und insbesondere unseren Industrieunternehmen. Sie sind das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unseres Wohlstands.

„Weder nimmt unser Staat zu wenig Geld ein, noch sorgt er für zu wenig Umverteilung. Das Gegenteil ist der Fall. Die sozialen Standards sind in Deutschland höher als in fast allen anderen Ländern der Welt.“

Es geht unserem Land und seinen Menschen wirklich gut – insbesondere wenn man die Entwicklungen mit denen vieler EU-Staaten vergleicht. Mehr Menschen als je zuvor sind in Deutschland heute erwerbstätig. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt zu, die Zahl der Arbeitslosen nimmt seit zwölf Jahren ab und wurde seitdem beinahe halbiert. Die Nettolöhne steigen, ebenso die Steuereinnahmen des Staates. Deutschland ist ein höchst solidarisches Land. Wir verfügen heute über die bestversorgte Seniorengeneration aller Zeiten. Die Ausgaben für Soziales wurden in den vergangenen zwölf Jahren um 223 Milliarden Euro erhöht. 2015 sind die Sozialausgaben in Deutschland auf 888 Milliarden Euro gestiegen. All das zeigt: Weder nimmt unser Staat zu wenig Geld ein, noch sorgt er für zu wenig Umverteilung. Das Gegenteil ist der Fall. Die sozialen Standards sind in Deutschland höher als in fast allen anderen Ländern der Welt.

Wir sind Gewinner der Globalisierung

Der wirtschaftliche Erfolg hat zu einer deutlichen Verbesserung der finanziellen Ausstattung des Staates und der sozialen Absicherung unserer Gesellschaft geführt. Allerdings wachsen die Sozialausgaben stärker als unsere Wirtschaft. Doch nicht staatliche Umverteilung, sondern wirtschaftliches Wachstum ist die Grundlage unserer persönlichen Freiheit und unserer sozialen Sicherheit. Ohne eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft, insbesondere ohne eine dynamische Industrie mit überdurchschnittlicher Wertschöpfung in Deutschland, könnte sich unser Land seinen Sozialstaat nicht leisten.

In den Jahren seit 2005 haben die auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Unternehmen und die Globalisierung zum deutschen Beschäftigungswunder geführt. Wir sind Gewinner der Globalisierung. Die wirtschaftlichen Chancen sind genutzt worden. Unser Land hat profitiert – durch mehr Arbeitsplätze, durch eine wiederentdeckte wirtschaftliche Stärke, durch mehr Entfaltungschancen für alle. Aus dem Schlusslicht Europas wurde wieder die Wirtschaftslokomotive.

Die große Verunsicherung

Dennoch fühlen sich heute viele Menschen durch die Globalisierung, offene Märkte und verstärkten Wettbewerb bedroht – obwohl es uns real besser geht als jemals zuvor. Wer heute behauptet, Deutschland sei ein ungerechtes Land, ignoriert wissentlich die Fakten.

Bestärkt wird das Gefühl durch Unsicherheit von Parteien rechts wie links, von Gewerkschaften, professionellen Protestorganistoren und NGOs aus dem ökosozialen Spektrum. Sie sind Fundamentalkritiker und beteiligen sich nicht an einem offenen, konstruktiven Diskurs über die Ausrichtung unserer Gesellschaft. Das ist ein destruktiver Kurs, der der Verunsicherung zusätzlichen Schub verleiht.

Diese Haltung führt zu Zweifeln an den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten unseres Landes, zu Skepsis und sogar Feindschaft gegenüber Journalisten. Sie stellt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage. Gleichfalls wird eine teilweise irrationale Kritik an Globalisierung, Freihandel oder neuen Technologien befeuert. Dies führt zu einem mal realen, mal diffusen Gefühl der Ungerechtigkeit und des Abgehängtseins.

Grundüberzeugungen

Ebenso in die Kritik geraten sind Grundüberzeugungen, die in unserem Land seit vielen Jahrzehnten zum „Common Sense“ gehören: die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, das Engagement für ein gemeinsames Europa, der Glaube an die Stärke und Gerechtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, freies Unternehmertum, das Vertrauen in Demokratie, Freiheit und Verantwortung jedes Einzelnen. Sie sind heute in Teilen unserer Bevölkerung nicht mehr unumstritten. Gerade deshalb müssen wir für sie kämpfen.

Protest- und Spaßparteien, aber auch Sensationsjournalismus greifen sie an und bringen Demokratie und Soziale Marktwirtschaft in Verruf. Social Bots, zunehmende sprachliche Verrohung und vermeintliche oder echte Wut auf das „politische System“ belasten unsere Fähigkeit zu einem vernünftigen, rationalen Diskurs über die zukünftige Ausrichtung unseres Landes. Wir Arbeitgeber betrachten dies als eine Entwicklung, die mittel- und langfristig den Grundkonsens unseres Zusammenlebens zerstören kann.

Der Jobweltmeister M+E-Industrie ...

Unbestritten ist aber: Sichere Arbeitsplätze und der Wert der Arbeit sind Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Sie sind die eigentliche Antwort auf den Ruf nach sozialer Gerechtigkeit. Eine hohe Erwerbstätigkeit, ein hoher Grad an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind das wirtschaftliche und fi-

nanzielle Fundament unseres Landes. Arbeit ist der beste Schutz vor Armut. Arbeit eröffnet Chancen auf Aufstieg, persönlichen Wohlstand und die freie Entfaltung des Einzelnen. Hohe Beschäftigung stärkt unser Land und ist Stärke unseres Landes. Wir müssen sie bewahren und ausbauen. Wir müssen die richtigen Weichen stellen, um Arbeit in Deutschland zu stützen, insbesondere industrielle Arbeit.

*„Hohe Beschäftigung stärkt unser Land
und ist Stärke unseres Landes.“*

Unser Arbeitsmarkt steht heute so gut da wie nie zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich binnen zwölf Jahren von 5,2 Millionen auf weniger als 2,7 Millionen Menschen nahezu halbiert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit die niedrigste Europas. Die Chancen auf Beschäftigung für Jung und Alt, Männer und Frauen sind hervorragend. Allein in der Metall- und Elektro-Industrie, dem Herz unserer Wirtschaft, sind in den vergangenen sieben Jahren gut 400.000 zusätzliche Stammarbeitsplätze entstanden – das sind 159 neue Arbeitsplätze pro Tag. Das macht die deutsche Metall- und Elektro-Industrie zum Jobweltmeister.

... gerät unter Druck

Doch diese Position ist nicht in Stein gemeißelt. Strukturveränderungen, konjunkturelle Schwankungen und internationale Krisen, die wichtige Absatzmärkte betreffen, beeinflussen unsere wirtschaftliche Stärke und damit unseren Arbeitsmarkt. Politische Instabilität belastet das wirtschaftspolitische Klima und schwächt die Wachstumschancen für Deutschlands Wirtschaft. Dazu zählen die Krise der Europäischen Union und die irrationale Kritik am Freihandel. Eine große Gefahr geht auch von den weiter steigenden Sozialbeiträgen aus, die durch wachsende Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Rente entstehen. Die Alterung unserer Gesellschaft, der Fach-

kräftemangel oder die immer noch zu hohe Zahl an jungen Menschen ohne Schulabschluss bedrohen ebenfalls unsere Fähigkeit zu wirtschaftlichem Wachstum.

*„Die Digitalisierung bietet unserem Land ungeheure Chancen,
wenn wir sie zu nutzen verstehen.“*

Hinzu kommt die Digitalisierung, die unsere gesamte Gesellschaft, die Art, wie wir zusammen leben und zusammen arbeiten, verändert. Sie ist ein Prozess, der alle Facetten unserer Gesellschaft in unterschiedlichem Tempo und in unterschiedlichem Ausmaß erfasst. Das Auto – der Exportschlager unseres Landes – wird neu erfunden. Damit sind auch die Herausforderungen für die etablierten Unternehmen so groß wie selten zuvor.

Die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie wenden sich mit Optimismus und Tatkraft diesen neuen Entwicklungen zu. Denn die Digitalisierung bietet unserem Land ungeheure Chancen, wenn wir sie zu nutzen verstehen.

Aber sie beinhaltet auch Risiken, wenn es versäumt wird, rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Wir müssen gemeinsam unser Land und seine Menschen auf die Digitalisierung vorbereiten. Ob die Arbeitsplätze der Zukunft in Deutschland entstehen oder wegfallen, hängt von den Unternehmen, der Politik und der Gesellschaft ab – und ihren Entscheidungen.

Die Folgen der Digitalisierung ...

Immer mehr Unternehmen nutzen bereits heute die Chancen der Digitalisierung oder entwickeln digitale Strategien, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Für sie ist die Digitalisierung bereits heute fester Bestandteil ihres betrieblichen Alltags und eine zwingende Weiterentwicklung ihrer Unternehmen.

Dieses betrifft alle Branchen, aber in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Ausprägung. Betroffen sind Geschäftsmodelle, Produkte, Geschäftsprozesse ebenso wie Berufe, Qualifikationen und Berufsbilder. Hier können Veränderungsprozesse deutlich ruckartiger verlaufen als wir es heute kennen. Tätigkeiten können verschwinden und auch Arbeitsplätze dauerhaft verloren gehen. Doch die Angst vor Veränderungen ist kein guter Ratgeber. Es gilt, den Wandel zu gestalten.

Während unternehmerische Entscheidungen wie die Bewältigung von Veränderungsprozessen in den Unternehmen von diesen selbst gesteuert werden, liegt die Gestaltung der Rahmenbedingungen in Händen von Parlament, Regierung, Gerichten und Verwaltung auf allen Ebenen unseres Landes. Diese müssen den Mut zu schnellen, richtigen und zukunftsweisenden Entscheidungen aufbringen. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung nutzen.

... lassen sich bewältigen

Die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie und ihre Mitarbeiter brauchen Rahmenbedingungen, die unser Land voranbringen – zuvorderst in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der digitalen und analogen Infrastruktur und in der digitalen Arbeitswelt, mit einer nachhaltigen Haushalts- und Sozialpolitik.

Unser Land geht bislang in vielerlei Hinsicht in die richtige Richtung, doch der vor uns liegende Weg wird sich durch die Digitalisierung verändern. Die Entscheidung, ob, wie und wohin wir fortschreiten wollen, liegt bei uns selbst.

Mehr Wirtschaft wagen

Die Zukunft liegt nicht im Stillstand oder in der Rückschau. Politische Rezepte aus vergangenen Jahrzehnten sind keine Antwort auf die Herausforderun-

gen, die vor uns liegen. Wir können und wollen die Zeit nicht zurückdrehen, sondern ihr voraus sein. Die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie und ihre inzwischen mehr als 3,8 Millionen Beschäftigten haben von offenen Grenzen, von internationalem Freihandel, vom EU-Binnenmarkt, von technologischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen profitiert. Bislang haben wir in Deutschland jede Herausforderung durch kluge Politik und mutige unternehmerische Entscheidungen gemeistert. Dies wird auch in Zukunft gelingen, wenn wir mit ebenso viel Voraussicht und Mut voranschreiten. Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen.

„Mehr Wachstum ist möglich, wenn wir die Chancen von offenen Märkten und der Digitalisierung offensiv nutzen und ihren Risiken wirkungsvoll begegnen.“

Derzeit gibt es über alle Branchen hinweg rund acht Millionen Industrie-arbeitsplätze in Deutschland. Sie stehen für 23 Prozent unserer Wertschöpfung. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und der Strukturwandel positiv gestaltet wird, ist ein weiterer Aufbau der Beschäftigung in der Industrie und insbesondere bei den industriellen Dienstleistungen erreichbar. Der Aufbau zusätzlicher Industrie-arbeitsplätze muss das Ziel der politischen Parteien sein, die Deutschland in den nächsten Legislaturperioden führen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir wirtschaftlich wachsen und zwar mehr als in den vergangenen Jahren.

Aufgabe der Parteien ist der Entwurf eines neuen Politikansatzes, der die Wachstumskräfte stärkt, den Arbeitsmarkt offen und beweglich hält sowie Betriebe und Beschäftigte auf die Strukturveränderungen der Digitalisierung vorbereitet. Mehr Wachstum ist möglich, wenn wir die Chancen von offenen Märkten und der Digitalisierung offensiv nutzen und ihren Risiken wirkungsvoll begegnen.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssen wir:

- ▶ die Arbeitszeit modernisieren,
- ▶ die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen bewahren,
- ▶ die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln,
- ▶ der Altersversorgung eine neue Zukunft geben,
- ▶ die Tarifautonomie schützen und stärken,
- ▶ Bildung von Anfang an stärken,
- ▶ den Schuldenabbau beschleunigen und unsere Arbeitnehmer entlasten sowie den Strukturwandel bewältigen und die Digitalisierung gewinnen. Zusammengefasst: Wir müssen mehr Wirtschaft wagen.

Im Geiste dieser Überzeugungen stellen wir unsere programmatischen Überlegungen für die Bundestagswahl 2017 und darüber hinaus vor.

UNSERE VORSCHLÄGE

Knapp acht Millionen Menschen arbeiten heute in Deutschland auf einem industriellen Arbeitsplatz. Es sind gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze, auf die wir stolz sind. Vergangene und gegenwärtige Krisen zeigen, dass die Industrie unser Land robust und sicherer macht. Denn ohne einen starken industriellen Kern sind unsere sozialen Sicherungssysteme auf Dauer kaum zu finanzieren. Allein in der Metall- und Elektro-Industrie sind in den vergangenen sieben Jahren seit der Finanz- und Wirtschaftskrise gut 400.000 zusätzliche Stammarbeitsplätze geschaffen worden. Damit diese positive Entwicklung in der gesamten Industrie weitergeht, muss die deutsche Wirtschaft wieder stärker wachsen – stärker als in den vergangenen zehn Jahren. Und dafür müssen Bund, Länder und Kommunen die Weichen auf Wachstum stellen.

Trotz der demografischen Veränderungen, trotz des einsetzenden Strukturwandels wollen wir die Zahl der industriellen Arbeitsplätze, insbesondere in der industriellen Dienstleistung, in Deutschland nicht nur erhalten, sondern ausbauen. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber es ist machbar. Wachstum ist möglich.

Wir brauchen deshalb nicht nur eine Wirtschaftspolitik, wir brauchen eine Wachstumspolitik. Denn in den vergangenen zehn Jahren ist unsere Wirtschaft durchschnittlich um weniger als 1,5 Prozent im Jahr gewachsen. Die Produktivitätsentwicklung war ebenfalls nicht zufriedenstellend. Auch wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt und die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland sehr positiv entwickelt haben, wirft das unterdurchschnittliche Wachstum unseren Wirtschaftsstandort langfristig zurück. Zuletzt haben nicht nur Produktionsbetriebe, sondern auch Forschungsabteilungen von Unternehmen Deutschland verlassen oder an internationalen Standorten neue Kapazitäten aufgebaut.

In einem immer dynamischeren Wettbewerb und angesichts einer immer digitaleren Weltwirtschaft muss Deutschland ein attraktiver, wachstumsstarker Standort bleiben. Es ist Zeit für einen neuen Aufbruch, eine neue Wachstumspolitik. Die nächste Bundesregierung muss wieder mehr Wirtschaft wagen.

*„Wir brauchen deshalb nicht nur eine Wirtschaftspolitik,
wir brauchen eine Wachstumspolitik.“*

1. Arbeitszeit modernisieren

Die Anforderungen von Mitarbeitern und Betrieben an die Arbeitszeit haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert und werden im Zeitalter der Digitalisierung immer komplexer. Gewünscht ist, gesucht wird eine neue Balance zwischen den Flexibilitätswünschen der Mitarbeiter und den Flexibilitätserfordernissen der Betriebe. Ein modernes Arbeitszeitgesetz muss dringend Raum lassen, um diese Anforderungen in Einklang zu bringen.

- ▶ Wir brauchen eine zeitgemäße Anpassung des Arbeitszeitgesetzes, die unter anderem folgende Punkte berücksichtigt: Die Regelungen im deutschen Arbeitszeitgesetz müssen an die Vorgaben der europäischen Arbeitszeitrichtlinie mit einer Umstellung von einer Tageshöchstleistungszeit auf eine Wochenhöchstleistungszeit angeglichen werden. Dies ermöglicht vor allem Arbeitnehmern eine bessere Vereinbarkeit ihrer Arbeitszeit mit ihren privaten Bedürfnissen. Diese Veränderungen sind uneingeschränkt im Arbeitszeitgesetz zu verankern und dürfen nicht bloß durch Öffnungsklauseln für Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen möglich gemacht werden.
- ▶ Ebenso muss die geltende Ruhezeitregelung mit einer unkonditionierten tariflichen Öffnungsklausel versehen werden. So können die Unternehmen Mitarbeitern, die zum Beispiel ihre Kinder von der Kita abholen und später noch von zu Hause aus arbeiten wollen, mehr Flexibilität in der eigenen Arbeitseinteilung ermöglichen.

- ▶ Es muss zudem klargestellt werden, dass nur gelegentliche, kurzfristige Tätigkeiten mit geringer Beanspruchung des Arbeitnehmers, die keine Anwesenheit an einem bestimmten (Arbeits-)Ort erfordern, keine Unterbrechung der elfstündigen Ruhezeit nach § 5 Abs. 1 ArbZG darstellen (beispielsweise kurze Telefonate oder E-Mails).
- ▶ Es muss weiterhin möglich sein, dass Arbeitnehmer freiwillig die Möglichkeiten, nach Dienstschluss oder im Urlaub erreichbar zu sein, im Rahmen ihrer Aufgabenerledigung nutzen können, wenn sie dies für sinnvoll halten. Einen zwangsweisen Ausschluss der Erreichbarkeit darf es nicht geben.

2. Erfolgreiche Arbeitsmarktreformen bewahren

Insgesamt gilt es, unseren Arbeitsmarkt so beweglich wie möglich zu halten. Die unbestreitbaren Beschäftigungserfolge seit den Agenda-Reformen zeigen, welche Kraft in einem dynamischen, leistungsfähigen und flexiblen Arbeitsmarkt stecken. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich bewährt. Die Zahl der Arbeitslosen als auch der Langzeitarbeitslosen ist zurückgegangen. Die Zahl der älteren Beschäftigten hat sich erhöht.

„Ohne Zeitarbeit, ohne Teilzeit, ohne befristete Arbeitsverträge würde Deutschland innerhalb weniger Jahre wieder in Richtung der Grenze von fünf Millionen Arbeitslosen marschieren.“

Neue Chancen auf einen Einstieg in Arbeit wurden und werden täglich geschaffen. Entgegen allen Behauptungen ist das Normalarbeitsverhältnis in Deutschland nicht auf dem Rückzug. Es ist auf dem Vormarsch, benötigt aber auch in Zukunft die Ergänzung durch flexiblere Beschäftigungsformen. Ohne Zeitarbeit, ohne Teilzeit, ohne befristete Arbeitsverträge würde Deutschland innerhalb weniger Jahre wieder in Richtung der Grenze von fünf Millionen Arbeitslosen marschieren. Wir sprechen uns deshalb entschieden gegen je-

des weitere Zurückdrehen der Agenda-Reformen am Arbeitsmarkt aus. Die wenigen Flexibilisierungsmöglichkeiten, über die Unternehmen heute noch verfügen, müssen erhalten bleiben.

3. Sozialbeiträge bei 40 Prozent deckeln

Mit Sorge betrachten wir die Auswirkungen der demografischen Entwicklung aber auch der sozialpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre auf die Sozialbeiträge und damit die Arbeitskosten. Wir wollen, dass Arbeit in Deutschland auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Um dies zu erreichen, müssen die Sozialbeiträge auch weiterhin bei höchstens 40 Prozent gedeckelt werden. Überschreiten die Sozialbeiträge diese Marke, sollte der jeweilige Steuerzuschuss zu den Sozialversicherungen entweder sukzessive erhöht werden oder es sollten auch Leistungsreduzierungen erfolgen, bis die Beiträge wieder bei 40 Prozent stabilisiert werden.

4. Der Altersversorgung eine neue Zukunft geben

Es ist höchste Zeit, der Altersversorgung in Deutschland eine neue Zukunft zu geben. Das Prinzip der drei Säulen (gesetzliche, private, betriebliche Altersversorgung) ist nach wie vor richtig und muss gestärkt werden. In einer Gesellschaft, in der immer weniger Menschen immer kürzer arbeiten und immer mehr Rentner immer länger eine aus politischen Gründen erhöhte Rente beziehen, ist die Rente auf Dauer nicht finanzierbar. Das in dieser Legislaturperiode verabschiedete Rentenpaket mit seinen bis zu 233 Milliarden Euro Zusatzkosten bis zum Jahr 2030 führt unser Land in die völlig falsche Richtung.

- ▶ Wir rufen deshalb die künftig im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Kehrtwende in der Rentenpolitik auf. Die demografiewidrige Rente mit 63 muss, die Ausweitung der Mütterrente sollte rückgängig gemacht bzw. kompensiert werden – ebenso wie alle zuvor erfolgten Aufweichungen der Rente mit 67.

- ▶ Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet nicht, dass die Renten sinken. Auf eine künstliche Stabilisierung des Rentenniveaus auf Kosten künftiger Generationen muss verzichtet werden. Denn ein künstlich erhöhtes Rentenniveau ist nicht finanzierbar und belastet den Faktor Arbeit mit unübersehbaren Risiken für die Beschäftigung. Dadurch gerät die Finanzierungsfähigkeit unseres Sozialsystems insgesamt in Gefahr.
- ▶ Zudem ist es zwingend erforderlich, das gesetzliche Renteneintrittsalter spätestens ab dem Jahr 2029 anzupassen und die bislang anvisierte Altersgrenze von 67 Jahren dann automatisch an die steigende Lebenserwartung unserer Gesellschaft zu koppeln.
- ▶ Wir plädieren dafür, die bisherige Rentenformel beizubehalten und durch eine weitere Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu stützen. Der von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode eingeschlagene Weg, durch mehr Anreize die Attraktivität und Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung zu steigern, führt in die richtige Richtung und sollte konsequent fortgesetzt werden.

5. Tarifautonomie schützen und stärken

Eine funktionierende Tarifautonomie ist eine der tragenden Säulen unserer Sozialen Marktwirtschaft. In mehr als 70.000 Tarifverträgen werden in Deutschland heute die Arbeitsbedingungen der verschiedenen Branchen passgenau geregelt. Es ist für keinen Gesetzgeber möglich, mit Bundesgesetzen ein ähnlich sensibel austariertes und betriebsnahes Regelungswerk zu schaffen. Im Gegenteil: Immer häufiger greifen Gesetzgebungsverfahren gewollt oder ungewollt in laufende Tarifverträge und die Tarifautonomie ein.

- ▶ Wir fordern deshalb die künftig im Bundestag vertretenen Parteien dazu auf, die in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützte positive und nega-

tive Tarifautonomie zu respektieren und Eingriffe in die Gestaltungsfreiheit der Sozialpartner zu unterlassen.

- ▶ Grundsätzlich gilt: Nicht tarifgebundene Unternehmen dürfen gegenüber tarifgebundenen Unternehmen nicht benachteiligt werden. Enge gesetzliche Vorgaben, die nur auf Basis eines Tarifvertrags Erleichterungen ermöglichen, stärken nicht die Tarifbindung, sondern zerstören sie. Die Machtbalance zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern würde dadurch empfindlich gestört, die Firmen würden angesichts einer solchen Rückfallposition durch die Gewerkschaften erpressbar. Wenn im Einzelfall dennoch Gesetze beschlossen werden, die geltende Tarifverträge oder darin geregelte Materien berühren, sollen stets Öffnungsklauseln enthalten sein, die autonomen Gestaltungsspielraum für den gesamten Bereich der Regelungsmaterie lassen und so die Befugnisse der Sozialpartner wahren.

„Enge gesetzliche Vorgaben, die nur auf Basis eines Tarifvertrags Erleichterungen ermöglichen, stärken nicht die Tarifbindung, sondern zerstören sie.“

- ▶ Alle Betriebe, die solche Tarifregelungen anwenden, sollen solche Öffnungsklauseln nutzen dürfen. Jeden politischen Zwang in die Tarifbindung lehnen wir ab; er entspricht nicht den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und auch nicht dem Grundgesetz.
- ▶ Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Parität im Arbeitskampfrecht wiederherzustellen. Die Politik darf nicht ein Lager einseitig stärken oder ihm asymmetrische Machtvorteile verschaffen. Basis für faire und verantwortungsvolle Kompromisse der Sozialpartner ist, dass sie sich freiwillig und auf Augenhöhe begegnen. Flashmob-Aktionen und Sympathiestreiks gehören

verboten, der Arbeitskampf muss wieder zum letzten Mittel der Konfliktlösung werden.

6. Kein Exportweltmeister ohne Bildungsweltmeister

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel für die Förderung von Wissenschaft und Forschung in Deutschland eingesetzt. Diese Entwicklung ist zu begrüßen. Doch die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen wird nicht erst an den Hochschulen entschieden, sondern vor allem in den Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen. Es ist deshalb Zeit, die Bildungsfinanzierung in Deutschland vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Qualität unseres Bildungssystems von Anfang an zu verbessern. Wir benötigen keinen vorsorgenden Sozialstaat, sondern vorausschauende Bildungspolitik.

- ▶ Bildungspolitik, insbesondere Schulpolitik, ist und bleibt Ländersache. Dennoch sprechen wir uns nachdrücklich für ergänzende Wege der Bildungsfinanzierung durch den Bund aus. Dabei soll es nicht um eine Vereinheitlichung der positiven föderalen Bildungsvielfalt in unserem Land gehen – im Gegenteil. Uns geht es um eine vereinfachte Förderung, Stärkung und Verbesserung der frühkindlichen, der schulischen und insbesondere auch der berufsschulischen Bildung unter Beibehaltung des Bildungsföderalismus.

*„Wir benötigen keinen vorsorgenden Sozialstaat,
sondern vorausschauende Bildungspolitik.“*

Wir unterstützen die Suche nach Möglichkeiten, die Finanzierung unserer Schulen dort, wo es nötig ist, durch Bundesmittel zu ergänzen. Dabei soll die Verbesserung der Qualität der Schulen im Vordergrund stehen. Die bestehende Vielfalt des Bildungsföderalismus darf nicht beeinträchtigt werden.

- ▶ Wir halten Qualitätsverbesserungen in unserem Bildungssystem langfristig für so bedeutend, dass sich diese Schwerpunktsetzung auch in den Ausgabenplanungen des Bundes widerspiegeln sollte. Sollten die finanziellen Mittel des Bildungshaushalts hierfür nicht ausreichen, sprechen wir uns für eine gezielte Umschichtung von Mitteln aus dem Sozialhaushalt zugunsten der Bildung aus. Beispielsweise ließen sich für zusätzliche Bildungsausgaben wie die Sanierung von Schulen jene rund elf Milliarden Euro jährlichen Mittel einsetzen, die durch eine vorzeitige Abschaffung der Rente mit 63 und eine Rücknahme der unnötigen Mütterrente frei würden.
- ▶ Unsere Gesellschaft sollte dauerhaft mehr öffentliche Mittel in die ersten Lebensjahre unserer Kinder investieren. Wir halten die Weiterentwicklung von Kindergärten und Kindertagesstätten zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen für zwingend notwendig. Ebenso unterstützen wir den Ausbau von Ganztagschulen, die nicht Betreuungs-, sondern Bildungseinrichtungen sind.
- ▶ Einer der Schlüssel für eine bessere schulische Bildung in Deutschland sind unsere Lehrer. Sie vermitteln Kompetenzen und sind Fürsprecher des eigenständigen Lernens. Sie sind Führungskräfte und übernehmen Verantwortung in einer immer selbstständiger werdenden Schule. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe brauchen sie eine hochwertige, praxisnahe Ausbildung und zeitgemäße Qualifikationen. Und noch immer gibt es in einigen Regionen Deutschlands Schulen und Berufsschulen, in denen zu wenig Lehrer in zu großen Klassen beschäftigt sind. Viele von ihnen sind zudem nur mit Kurzzeitverträgen ausgestattet und wechseln in ihrer Laufbahn beinahe im Jahrestakt die Schule. Ziel sollte es sein, dort, wo es nötig ist, den Lehrerschlüssel pro Schulklasse zu verbessern und für mehr Kontinuität und weniger Ausfallzeiten an unseren Schulen und Berufsschulen zu sorgen. Zudem muss die Weiterbildung von Lehrern zielgerichtet gestärkt werden.

- ▶ Weitere wichtige Punkte sind der bauliche Zustand unserer Schulen und Berufsschulen sowie ihre Ausstattung mit zeitgemäßen Lehrmitteln. Auch hier herrscht in einzelnen Regionen Deutschlands aus finanziellen Gründen zu häufig ein Notstand. Eine Gesellschaft, die jungen Menschen die besten Startchancen ermöglichen will, kann sich solche Mängel nicht erlauben. Wir setzen uns deshalb für ein bundesweites Schulsanierungsprogramm ein, das alle Schulen und Berufsschulen in Deutschland miteinbezieht und sie modernisiert.

- ▶ Moderne Informations- und Kommunikationsmedien müssen zu einem zentralen Element in Lehr- und Lernprozessen werden. Der technische und rechtliche Rahmen für den Einsatz digitaler Medien muss so gestaltet werden, dass deren Potenziale auch voll ausgeschöpft werden. Um Lernchancen zu erhöhen, muss die digitale Infrastruktur in den Schulen massiv ausgebaut und an moderne technologische Standards angepasst werden.

- ▶ In der Aus- und Weiterbildung der Lehrer muss ein deutlicher Schwerpunkt auf das digitale Lehren und Lernen gelegt werden. Lehrer müssen moderne Informations- und Kommunikationsmedien im Rahmen von Lehr- und Lernprozessen selbstverständlich einsetzen und Schüler dabei unterstützen können, einen aktiven kritischen und produktiven Umgang mit Medien zu lernen. Es müssen verstärkt pädagogische Handlungskonzepte entwickelt werden, in denen technische Medien das Erreichen pädagogischer Ziele unterstützen.

- ▶ Darüber hinaus sprechen wir uns für eine nationale Initiative „Digitale Bildung“ aus. Bund und Länder sollten gemeinsam an der Entwicklung einer Bildungs-Cloud für Schulen und Berufsschulen, der Förderung digitaler Lehrinhalte und auch der Lehrerweiterbildung arbeiten.

- ▶ Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche müssen durch ein Bündel von Maßnahmen vermieden werden. Die Berufsschulen und allgemeinbildenden

den Schulen müssen den Schülern die nötige Ausbildungsreife vermitteln; es kann nicht sein, dass die Betriebe zu Nachsorgeeinrichtungen werden. Die Themen Wirtschaft und Berufsorientierung müssen dort, wo noch nicht geschehen, den Bildungskanon erweitern.

- ▶ Wir benötigen keinen vorsorgenden Sozialstaat, sondern vorausschauende Bildungspolitik. Wir halten die langfristige Wirkung dieser Bildungsmaßnahmen für so wichtig, dass sich diese Schwerpunktsetzung auch in den Ausgabenplanungen des Bundes widerspiegeln sollte.

7. Schuldenabbau beschleunigen, Arbeitnehmer entlasten

Die Steuereinnahmen auf Bundesebene, aber auch auf Ebene der Länder und Kommunen haben sich in den vergangenen zehn Jahren dramatisch erhöht. Gesamtstaatlich werden wir in den kommenden vier Jahren die Schallmauer von 800 Milliarden Euro Steuereinnahmen durchbrechen. Trotzdem ist gleichzeitig die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland deutlich gestiegen.

„Dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat, ist zwar lobenswert – aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit.“

Dass die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat, ist zwar lobenswert – angesichts der immer noch niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ziel der Haushaltspolitik sollte es sein, kontinuierlich die langfristige Handlungs- und Investitionsfähigkeit des Staates – auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten – zu sichern. Der dauerhafte, beschleunigte Abbau von Altschulden wäre ein wichtiger Beitrag hierzu.

- ▶ Deshalb fordern wir die nächste Bundesregierung dazu auf, aus dem Ziel der „schwarzen Null“ eine „schwarze Eins“ zu machen – also nicht bloß Neuschulden zu vermeiden, sondern aktiv einen rascheren Abbau von Schulden anzugehen. Dabei sollte nicht die Reduzierung der relativen Schuldenstandquote der Gradmesser sein, sondern der Abbau der absoluten Staatsverschuldung. Die Schulden des Bundes betragen derzeit etwa 1.300 Milliarden Euro. Ziel sollte es sein, die gute Haushaltslage zu nutzen, um diese Schulden bis zum Jahr 2050 auf 650 Milliarden Euro zu halbieren. Das wäre eine verantwortliche Vorsorge für das Gemeinwesen, das wir unseren Kindern hinterlassen. Sinnvoll wäre es, hierfür sowohl Einnahmeüberschüsse zu verwenden, als auch in allen Haushaltsposten des Bundes nach zweckmäßigen Einsparmöglichkeiten zu suchen. Steigende Steuereinnahmen des Bundes müssen nicht zwangsläufig mit steigenden Ausgaben des Bundes einhergehen.
- ▶ Über viele Jahre hat der Staat durch die kalte Progression seine Einnahmen kontinuierlich erhöht, was vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen belastet hat. Angesichts der positiven Haushaltslage fordern wir, den Bürgern das Geld dieser heimlichen Steuererhöhung in Zukunft zurückzugeben. Zudem muss der sogenannte Mittelstandsbauch beim Steuertarif abgeflacht werden. Eine weitere Entlastungsmöglichkeit wäre es, den inzwischen überflüssigen Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

8. Investitionen steigern, Forschung fördern, Infrastruktur erneuern

Um die Chancen der Digitalisierung in vollem Umfang nutzen zu können, benötigen wir:

- ▶ die konsequente Erneuerung, Verbesserung und Erweiterung unserer Infrastruktur, analog wie digital, in allen Regionen Deutschlands. Dafür müssen

die staatlichen und privaten Investitionen in den Ausbau unserer Infrastruktur, auch der Verkehrsinfrastruktur, deutlich steigen. Der Mobilitätssektor sollte aus unserer Sicht technologieoffen fortentwickelt werden;

- ▶ den Abbau bürokratischer Hindernisse für den Abruf der Investitionsmittel. Zudem fordern wir, die staatliche Investitionsquote einseitig an die Sozialstaatsquote zu koppeln: Nur wenn die Investitionen steigen, dürfen auch die Sozialausgaben wachsen. Zukünftig müssen sich die Investitionen stärker als die Sozialausgaben entwickeln;
- ▶ eine moderne IT-Infrastruktur, dazu zählen moderne, leistungsstarke Breitbandnetze. Wir begrüßen die Anstrengungen, die in den vergangenen Jahren mit Blick auf den Breitbandausbau in Deutschland unternommen wurden. Doch das Ziel, flächendeckend bundesweit Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Mbit/s zu ermöglichen, ist noch nicht erreicht und kann auch nur ein Zwischenschritt sein. Die industrielle Breitbandnutzung erfordert in Zukunft deutlich höhere Übertragungsraten. Wir fordern eine Übertragungsgeschwindigkeit von 100 Mbit/s in jedem Unternehmen und jedem Haushalt bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Die Frage, wo die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen, wird auch davon abhängen, ob Deutschland beim Breitbandausbau dieses Ziel erreicht;

„Wir fordern die gezielte steuerliche Förderung für alle forschenden Unternehmen durch einen 10-prozentigen steuerlichen Vorabzug der F&E-Ausgaben.“

- ▶ die bundesweite Verwaltungsbeschleunigung. Erstens gilt es, durch eine konsequente Digitalisierungsstrategie die Verwaltungsprozesse bürger- und unternehmensfreundlich zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zweitens sollten wachstumsrelevante behördliche Genehmigungsverfahren mit einem zeitlichen

Bearbeitungsfenster versehen und beschleunigt werden. Erfolgt trotz vollständig eingereichter Unterlagen innerhalb eines gesetzlich festzulegenden Zeitraums keine rechtzeitige Bearbeitung, soll das Vorhaben als genehmigt gelten;

- ▶ die gezielte steuerliche Förderung für alle forschenden Unternehmen (10 Prozent steuerlicher Vorabzug der F&E-Ausgaben);

*„Die „one in – one out“-Regelung ist Bürokratierhaltung.
Wir sprechen uns deshalb für eine verschärfte
Bürokratiebremse, eine „one in – two out“-Regelung aus.“*

- ▶ die konsequente Verringerung von Dokumentationspflichten und bürokratischen Belastungen. Die von der Bundesregierung eingeführte „one in – one out“-Regelung ist zwar begrüßenswert, letztlich aber eine Maßnahme der Bürokratierhaltung. Wir sprechen uns deshalb für eine verschärfte Bürokratiebremse, eine „one in – two out“-Regelung aus. Führen Regelungsvorhaben zu konkreten und unmittelbaren Belastungen der Wirtschaft, soll dieser Zuwachs an anderer Stelle durch Bürokratie- und Vorschriftenabbau in doppelter Höhe kompensiert werden. Der einmalige Erfüllungsaufwand (Umsstellungsaufwand) soll ebenfalls in diese Regelung einbezogen werden;
- ▶ ein dauerhaft sicheres, leistungsstarkes und wettbewerbsfähiges System der Energieversorgung in Deutschland, das wettbewerblich ausgerichtet ist und in dem staatliche Fehlanreize konsequent abgeschafft werden. Die Energiekosten müssen für Bürger wie Unternehmen dauerhaft reduziert werden. Wir unterstützen eine Stärkung des Europäischen Emissionshandels als Leitinstrument für den Klimaschutz und fordern, dass die nationale Klimapolitik keine Zusatzbelastungen herbeiführt, sondern sich auf die nicht im Emission Trading System (ETS) der EU erfassten Bereiche konzentriert. Daneben setzen wir uns für einen globalen CO₂-Preis im Rahmen der G20 ein.

9. Freihandel stärken, EU-Binnenmarkt erhalten

Die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie sind nicht nur das Herz, sondern auch der Exportmotor der deutschen Wirtschaft. Weltweiter Freihandel, ein stabiler Euro und ein leistungs- und wettbewerbsfähiger europäischer Binnenmarkt sind Grundvoraussetzungen für unseren wirtschaftlichen Erfolg.

- ▶ Die Weltmärkte sind unser Zuhause, doch Europa ist unser sicherer Hafen. Hunderttausende industrielle Arbeitsplätze in Deutschland sind unmittelbar vom europäischen Binnenmarkt abhängig. Wir erteilen daher jeder Forderung nach einem Rückzug Deutschlands aus der Euro-Zone oder einer Abschaffung des Euros eine klare Absage.
- ▶ Ziel der politischen Anstrengungen Deutschlands muss es sein, für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aller Mitglieder des Euro-Raums einzutreten. Europa krankt nicht an zu niedrigen sozialen Standards, sondern an zu wenig Wettbewerbsfähigkeit. Die Antwort auf die derzeitige wirtschaftliche und politische Krise Europas lautet deshalb: Mehr Wirtschaft wagen.
- ▶ Zugleich müssen weitere Bemühungen unternommen werden, den internationalen Freihandel zu stärken. Freihandel ist für die exportorientierte deutsche Wirtschaft unverzichtbar. Mit großer Sorge betrachten wir deshalb zunehmende Versuche politischer Gruppierungen und NGOs, notwendige und sinnvolle Freihandelsabkommen wie TPP und TTIP dauerhaft zu beschädigen und zu verhindern. Dieser Linkspopulismus schädigt unseren Standort und vor allem den Wohlstand der Menschen in unserem Land. Wer Exportweltmeister bleiben will, braucht mehr und nicht weniger Freihandel.

IMPRESSUM

© 2017

Herausgegeben vom

Arbeitgeberverband Gesamtmetall

(Gesamtverband der Arbeitgeberverbände
der Metall- und Elektro-Industrie e.V.)

Voßstraße 16

10117 Berlin

Telefon 030 55150-0

info@gesamtmetall.de

www.gesamtmetall.de

Titel: Gesamtmetall, shutterstock/Elenamiv

Gestaltung und Produktion:

IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH

